

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

174 (30.7.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Verlagspreis: Durch unsere Träger 6.—A. einschl. 80 A. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.60 A.; durch die Post bezogen 4.80 A., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelpreis 25 P. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelleile 1.—M. Die 2spaltige Kolonelleile 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde: 10 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Nobel auf fremde Kosten.

Deutsche Milliarden zur Unterhaltung des Franzosentrosses.

Berlin, 29. Juli. Dem Reichstag ist ein Ergänzungsgesetz zugeworfen, dem eine Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Ausgaben für die besetzten Gebiete beiliegt. Mit erschreckender Deutlichkeit führt sie dem deutschen Publikum vor Augen, welche ungeheure Kosten die Besetzung des rheinischen Gebietes dem Reich verursacht. Die Militären sind unerlässlich in ihren Forderungen an Deutschland. Auf Heller und Pfennig wollen sie ihre Forderungen einbringen ohne danach zu fragen, wie Deutschland das Geld dazu aufbringt. Allerdings scheint sich bereits ganz langsam die Erkenntnis Bahn zu machen, daß Deutschland ohne ein hartes Wirtschaftsgesetz nicht in der Lage ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Dieser lassen die militärischen Instanzen aber jedes Verständnis für die Notlage des Reiches vermissen. Marschall Foch droht hartgesetzt mit dem Einmarsch und bringt damit immer neue Milliarden ins Wirtschaftslieben, während die im besetzten Gebiet amtierenden Militärs sich gegenseitig Konkurrenz machen im Verschleiden deutscher Gelder. Es ist ganz unglücklich, was als gefordert wird. Keine Wohnhäuser und die teuersten Güter werden beschlagnahmt, Wägen werden unter Aufwendung enormer Kosten für die Herren Offiziere umgebaut und keine Familie ist sicher, nicht schon morgen aus ihrer Wohnung hinausgeworfen zu werden, um sie mit dem gesamten Inventar irgend einer Offiziersfamilie zu überlassen. Der Präsident der Rheinlands-Kommission beantragt eine Bill, für deren Benutzung die Eigentümer eine jährliche Entschädigung von über 165 000 A. (!) verlangt und noch neuer gehalten sich die Unterbringung des kommandierenden Generals in Neustadt a. D. Frauen einzelner französischer Generale laufen auf Kosten des Reiches für 100 000 Mark die Einrichtungsgegenstände nach ihrem Geschmack und es ist sogar vorgekommen, daß solche bei einer etwaigen Ueberholung spurlos verschwinden. (!)

Eine Aussprache darüber im Hauptauschuß.

Berlin, 29. Juli. Im Hauptauschuß des Reichstages teilte bei dem Titel Vermögensverwaltung für die Besetzung der rheinischen Gebiete der Abg. Stücken (Soz.) ein Referat mit, daß sich dort 150 000 Mann fremder Truppen befinden. Dazu kommen 94 Delegierte der Rheinlands-Kommission mit ihrem Troß, deren Kosten das Reich bezahlen müsse. Dazu kämen die für den Spätsommer angelegten Kosten von 20 Millionen Mark. Bis Ende April 1920 seien von uns bezahlt worden: 1783 Millionen Mark in bar, außerdem in unmittelbaren Leistungen 1565 Millionen Mark, insgesamt also 3348 Millionen Mark. Die Ansprüche der fremden Offiziere auf Wohnungen und deren Ausstattung seien außerordentlich hoch. Der Delegierte der Rheinlands-Kommission habe eine 10 Zimmerwohnung, die für deren Ausstattung 28 000 A. verlange, während seine Gesamtheit noch weitere Forderungen stelle. So wird das Reich an den finanziellen Ruin gebracht.

Reichsminister Hammer betrat gegenüber diesen Ausführungen, daß in der Tat die Frage aufgeworfen werden müsse, wie Deutschland die Reparationskosten tragen solle, wenn für die Besetzung der besetzten Gebiete eine so unerschöpfende hohe Summe ausgegeben werden müsse. Nur eine Verringerung der Truppen würde unsere Lasten abzumildern geeignet sein. Abg. Kroll (Dem.) beipflichtet die Verhältnisse im besetzten Gebiet aus eigener Anschauung und schildert sie infolge des rücksichtslosen Vorgehens der französischen Militärtruppen als außerordentlich schlimm. Die Abweisung gegen das Besondere der französischen Militärs in allen Kreisen der rheinischen Bevölkerung sei stark und von Reparationsbestrebungen könne bei keine Rede sein.

Vertreibung Lehrer des Rheinlands.

Der „R. P. R.“ wird aus Mainz geschrieben: Der Verweigerung der Behörden ist es bis heute noch nicht gelungen, die Rückkehr der während des Vorkriegs-Zustandes aus Mainz ausgewiesenen Lehrer durchzuführen. Seit Monaten jährt bei der „Hohen Kommission“ ein Verfahren mit dem Zweck, die Rückkehr zu erwirken. Nunmehr hat die französische Militärbehörde in Mainz die Angelegenheit dadurch zu einem gewaltsamen Ende gebracht, daß sie unter Berufung auf den Wohnungsmangel in Mainz sämtliche Wohnungen der Ausgewiesenen in denen sich noch die Familien befinden, beschlagnahmt hat. Sie gab sogar zu verstehen, daß die Wohnungseigentümer beschlagnahmt werden sollten. Die Stadt Mainz hat dieses Recht der Franzosen bestritten. Aber die Betroffenen wollten es auf die Entscheidung nicht ankommen lassen und gaben ihre Wohnungen auf, indem sie ihre Einrichtungen bei Nacht und Nebel fortbrachten. So befinden sich jetzt auch die Familien der Ausgewiesenen auf der Straße. Zu den Betroffenen gehört auch der Landtagsabgeordnete Reiber.

Die Verfolgung von Kriegsverbrechen.

Leipzig, 29. Juli. Wie das „Leipziger Tageblatt“ von zuverlässiger Seite erfährt, sind beim Reichsgericht bisher insgesamt 1012 Straftaten auf Grund des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen vom 18. Dezember 1919 anhängig gemacht worden. Davon entfällt eine überwiegende Zahl, nämlich 886 Sachen, auf die Anklageliste der Entente. Der Oberstaatsanwalt ist in allen Fällen eingeschritten, in denen die Angaben der Liste über die Personen der Beschuldigten ein Eingreifen überhaupt ermöglichen. Der Fortgang der Ermittlungsverfahren würde dadurch außerordentlich verzögert, daß jedoch die früheren, als auch die neueren Auslieferungslisten ausreichende Angaben über die den Beschuldigten zur Zeit geltenden Taten, insbesondere aber das für die Beschuldigten erforderliche Beweismaterial, vermieden lassen. Der Oberstaatsanwalt hat sich deshalb, um den Tatbestand der Beschuldigten ausreißend klar zu stellen, durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes an die ehemaligen feindlichen Regierungen mit dem Ersuchen um genaue Bezeichnung der strafbaren Handlungen, Aufklärung von Widersprüchen und Beschaffung von Beweismaterial gemandt. Von dem Ergebnis dieser Erhebungen wird der Fortgang und die Erledigung der Verfahren abhängen.

Russisch-polnischer Krieg.

Vorrücken der roten Armee.

Paris, 28. Juli. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus London ist die rote Garde am 26. Juli in Larnopol eingedrungen. Breda ist bereits von den Polen geräumt worden. Das Vorrücken der Bolschewisten hat in den letzten Tagen bedeutende Fortschritte gemacht, nachdem in der vorigen Woche ein Stillstand eingetreten war. In der nördlichen Frontabschnitt besetzen unsere Abteilungen planmäßig die Linie Grajewo-Ozjowice-Kamienic-Bittweil-Robrin. Das Zentrum der polnischen Truppen geht unter härtestem Druck des Feindes zurück, nachdem örtliche Angriffe des Gegners an der Robriner Chaussee zurückgewiesen worden sind. Der Rückzug erfolgte mit dem linken Flügel nach Westen, um die Verbindung mit den nördlichen Armeen nicht zu verlieren. Südlich der Hochlinie herrscht Ruhe. Am 27. Juli gliederten sich unsere Truppen zu einer Angriffssaktion um (Zankpruch).

London, 29. Juli. Die „Times“ meldet aus Konstantinopel, daß Akerbeidjan sich jetzt vollständig unter bolschewistischer Herrschaft befindet. Von den sechs Oberkommandanten, die das Land jetzt regieren, seien zwei Russen, zwei Georger und nur die beiden am wenigsten einflussreichen Tartaren. Das Heer bestehe beinahe ausschließlich aus Russen, und zwar meist aus russischen Teilen der früheren Armadaarmee, sowie der 20. bolschewistischen Division.

Kopenhagen, 29. Juli. Die „Verdens Tidende“ aus Kowno meldet, sind die litauischen Besatzungstruppen nun aus Wilna in die festgesetzte Frontlinie zurückgezogen worden. In Wilna verblieb nur die litauische Kommandantur, um die litauische Forderung zur Selbstverwaltung geltend zu machen. Bisher haben die Bolschewiken noch kein Gegenangebot in diesem Punkte gezeigt. Sie besetzen und bauen im Gegenteil das Ackerfeld nicht allein in Wilna, sondern in allen von ihnen besetzten litauischen Gebieten aus. Das Revolutionärskomitee hat sich bereits in Abteilungen für soziale Fürsorge, für Ernährung und für Volkserziehung geteilt. In allen Fabriken und Betrieben wurden Arbeiterausschüsse gebildet, die die Ordnung übernehmen sollen. Gleichzeitig wurde Befehl zur Verhaftung aller Gutbesitzer gegeben. Die Beschlagnahme von Eigentum und die Verfolgung aller bürgerlichen Kreise ist in vollem Gange. Die bolschewistische Agitation findet jedoch kein Echo der Bevölkerung nur wenig Anklang. Der bolschewistischen Forderung folgen sofort Lebensmittelmangel und unerklärliche Preise für alle Waren auf dem Fuße. Der Agrar von vier russischen Heeren durch Wilna dauerte vom 21. bis 25. Juli.

Das holländische Finanzabkommen mit Deutschland angenommen.

Brüssel, 29. Juli. Die Erste Kammer hat den Gesetzentwurf betr. den 200 Millionen-Goldkredit an Deutschland ohne namentliche Abstimmung angenommen.

Arbeitermurren in Höchst a. M.

Höchst a. M., 29. Juli. Zu größerem Arbeitermurren kam es heute vormittag vor dem Direktionsgebäude der Farbwerke, vorm. Meister-Luzius u. Wöhring. Aufgeregtheit der Arbeiter mit Lohn- und Arbeitszeitfragen sowie Unwille gegen den Steuerabzug sollen den Anlaß gegeben haben. Die Menge stautte sich an den Eingängen und im Treppenhause des Direktionsgebäudes. Während eine Abordnung mit der Direktion verhandelte, brach im Treppenhause das Gekläne. Eine große Anzahl Menschen stürzte in die Tiefe. Zahlreiche Personen trugen schwere Verletzungen davon. Ein junger Mann ist seinen Verletzungen erlegen. Ein Direktor soll bei der Auseinandersetzung mit den aufgeregten Arbeitern verletzt worden sein.

Französische Justiz.

London, 29. Juli. Der 18. Jahre alte Oskar Bauer aus Kaiserslautern, zurzeit Soldat im 13. Reiterregiment in Genua, bekam einen viertägigen Urlaub, um seine schwerkrante Mutter zu besuchen. In Ermangelung eines Zivildienstzeugnisses wurde er in Uniform. Er wurde in Gernersheim festgenommen und vom französischen Polizeigericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Eine moderne Demonstrationsversammlung.

Brno, 29. Juli. Anlässlich einer heute auf dem Seumarkt abgehaltenen Demonstrationsversammlung kam es zu schweren Ausschreitungen vor dem Regierungsgebäude. Der in diesem Gebäude an einer Sitzung des Stadtrates teilnehmende Oberbürgermeister Sakm wurde gewaltsam aus der Sitzung herausgeholt, um zu der aufgeregten Menge zu sprechen. Als Oberbürgermeister vor der Masse erschien, drangen viele auf ihn ein, die ihm erreichten konnten, ins Gesicht geschlagen. Der Oberbürgermeister mußte von der Treppe des Landhauses aus der Menge verjahren, daß er sich für die Erfüllung ihrer Forderungen einsetzen würde. Beim Abzug der Menge kam es zu Zusammenstößen mit der Sicherheitswehr, die eine nach dem Gefängnis führende Straße abspernte, da laut geworden war, daß eine gewaltsame Befreiung von politischen Gefangenen beabsichtigt sei. Durch Maschinengewehrfire wurde ein Arbeiter getötet und mehrere verletzt.

Vorspiel von Genf.

Auf dem Internationalen Sozialistenkongress von Genf wird die zweite Internationale zeigen müssen, ob sie lebendig oder, wie ihre Gegner höhlig behaupten, nur noch eine galvanisierte Leiche ist. Man wird von allen Parteien, die sich an dem Kongress beteiligen, ein gewisses Verständnis dafür erwarten dürfen, was von der Entscheidung dieser Frage für sie selbst und für das Ganze der Arbeiterbewegung abhängt. In Genf verlämeln sich vornehmlich die Vertreter derjenigen sozialistischen Parteien, die der Ueberzeugung treu geblieben sind, daß die Ziele des Sozialismus nur auf dem Wege und mit den Mitteln der Demokratie zu erreichen sind. Diese Ueberzeugung wird in den Massen der Arbeiter aller Länder an Aufleben gewinnen oder verlieren, je nachdem das Unternehmen des Sozialistenkongresses von Genf gelingt oder mißlingt.

Die größte Schwierigkeit für das Gelingen liegt in der noch allzu großen Nähe einer furchtbaren Vergangenheit. Die Parteien die sich in Genf vereinigen wollen, haben während des Krieges nicht auf dem Standpunkt gestanden, daß ihnen das Schicksal ihres eigenen Landes gleichgültig sein könne, sie haben den Glauben nicht geteilt, daß Sieg oder Niederlage gleichgültig wären, weil dieser Krieg ja doch den Zusammenbruch des Kapitalismus in allen Ländern und den Sieg des Sozialismus mit sich bringen würde. Da sie die Dinge nicht so einfach und glaubensstark anfaßen, waren sie auch keine Verteidigungsmaßnahmen; keiner von ihnen hat die Niederlage ihres eigenen Landes gewollt.

Während nun die deutsche Sozialdemokratie volles Verständnis dafür besitzt, daß die Sozialisten der Entente unmöglich für den Sieg des kaiserlich-deutschen Militarismus arbeiten konnten, daß sie also genötigt waren, die Anstrengungen ihrer Völker im Kampf gegen den deutschen Imperialismus zu unterstützen, ist ein Teil der Entente-Sozialisten leider noch recht weit vom Verständnis davon entfernt, daß für die deutschen Sozialisten genau dasselbe gilt wie für sie, daß auch die deutschen Sozialisten nicht gleichgültig mit den Sünden in den Hottentotschen daneben stehen könnten, während ihr eigenes Volk seinen Verwerfungsstempel kämpfte. Und doch sollte man glauben, die gerechtfertigten Menschen müßte die anfangs so sehr mißverstandene Haltung der deutschen Sozialdemokratie ihre nachträgliche Rechtfertigung durch die spätere Ereignisse erhalten haben. Solange die Entente-Sozialisten glaubten, Deutschland könne, wenn es die Waffen strecke, von der Entente einen gerechten Frieden erlangen, war es nur folgerichtig, daß sie das Verhalten der deutschen Sozialdemokraten verurteilten und in ihm nichts weiter erblickten wollten, als eine Unterwürfung des deutschen Imperialismus. Aber wenn etwas in der Welt reiflos bewiesen ist, so ist es die Tatsache, daß Deutschland einen solchen gerechten Frieden von der Entente nicht zu erwarten hatte, daß es sich nach seiner Niederlage auf den furchtbarsten Frieden gefaßt machen mußte. Darum müßte jetzt eigentlich jeder wirklich international denkende Sozialist begreifen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich bei jeder ihrer Handlungen während des Krieges fragen mußte, ob sie nicht zur Niederlage Deutschlands etwas beitragen konnte, daß sie sorgfältig jede Handlungswiese vermied, die ihr den Vorwurf eintragen konnte, sie sei mit schuldig an dem Sieg des Ententeimperialismus und dem unerträglichen Zustand, in den Deutschland durch seine Niederlage geraten mußte.

Daß diese Einsicht noch nicht überall durchgedrungen ist zeigt leider der Gegenbericht gegen die Denkschrift des deutschen Parteivorstandes zur Frage der Kriegsschuld, die von Vandervelde verfaßt und von dem Rat der belgischen Arbeiterpartei genehmigt wurde. Dieser Gegenbericht wiederholt eine Reihe von halbkloßen Vorwürfen, die gegen die Politik der deutschen Sozialdemokratie während des Krieges erhoben worden sind. Das Erstaufrichtige an der Sache ist, daß dieser Gegenbericht, der geradezu eine Anklageschrift darstellt, gerade von Vandervelde angeregt und verfaßt ist, dem einzigen Sozialisten, der als Minister an der Friedenskonferenz von Versailles teilgenommen hat, also dem einzigen Sozialisten, den man für den dort über Deutschland verhängten Gewaltfrieden direkt mitverantwortlich machen kann. Das legt den Gedanken außerordentlich nahe, auf dem Genfer Kongress die Frage zu erörtern, was denn die Sozialisten der Entente-Länder getan haben, um den gerechten Frieden, den sie während des Krieges Deutschland immer wieder zugehört hatten, zu verwirklichen.

Ob man auf solche Weise, durch Erhebung von Vorwürfen und Gegenvorwürfen, die fränke Internationale wieder gesund machen kann oder ob man sie damit nicht erst recht vollständig erschlagen würde, ist eine andere Frage. Es kann nicht die Aufgabe des Kongresses sein, in den noch nicht vernarbten Wunden einer nahen Vergangenheit herumzuwühlen, sondern es muß der ehrliche Versuch unternommen werden, eine Grundlage zu finden, auf der trotz der Vergangenheit eine gedeihliche Arbeit für die Zukunft möglich ist. Es ist daran vielleicht nützlich, schon jetzt zu erklären, daß die deutschen Sozialdemokraten nach Genf kein schlechteres Gewissen mitbringen, als die Sozial-

2144

2145

2146

2147

2148

2149

2150

2151

2152

2153

2154

2155

2156

2157

2158

2159

2160

2161

2162

2163

2164

2165

2166

2167

2168

2169

2170

2171

2172

2173

2174

2175

2176

2177

2178

2179

2180

2181

2182

2183

2184

2185

2186

2187

2188

2189

2190

2191

2192

2193

2194

2195

2196

2197

2198

2199

2200

2201

2202

2203

2204

2205

2206

2207

2208

2209

2210

2211

2212

2213

2214

2215

2216

2217

2218

2219

2220

2221

2222

2223

2224

2225

2226

2227

2228

2229

2230

2231

2232

2233

2234

2235

2236

2237

2238

2239

2240

2241

2242

2243

2244

2245

2246

2247

2248

2249

2250

2251

2252

2253

2254

2255

2256

2257

2258

2259

2260

2261

2262

2263

2264

2265

2266

2267

2268

2269

2270

2271

2272

2273

2274

2275

2276

2277

2278

2279

2280

2281

2282

2283

2284

2285

2286

2287

2288

2289

2290

2291

2292

2293

2294

2295

2296

2297

2298

2299

2300

2301

2302

2303

2304

2305

2306

2307

2308

2309

2310

2311

2312

2313

2314

2315

2316

2317

2318

2319

2320

2321

2322

2323

2324

2325

2326

2327

2328

2329

2330

2331

2332

2333

2334

2335

2336

2337

2338

2339

2340

2341

2342

2343

2344

2345

2346

2347

2348

2349

2350

2351

listen irgend eines anderen Landes der Welt, daß sie nicht nach Genf kommen, um sich auf die Anklagebank zu setzen und Ruhe zu tun, sondern daß sie dahin gehen, um für ihre Zukunftsarbeit internationale Helfer und Genossen zu finden. Die zweite Internationale Helfer und Genossen zu finden. Die zweite Internationale Helfer und Genossen zu finden. Die zweite Internationale Helfer und Genossen zu finden.

Politische Uebersicht.

Die Unfähigkeit der Unabhängigen.

Ihre Unfähigkeit zu positiver Arbeit hat sich jetzt wieder in Thüringen in gerader „glänzender Weise“ offenbart. Der Wahlausfall bei der Reichstagswahl war derart, daß ihnen bei den Landtagswahlen 19 Mandate zugefallen wären (auf je 12 000 abgegebene Stimmen 1 Mandat). Aber die 14 Tage, die zwischen dem Reichstagswahltermin und der Wahl zum Landtag lagen, in Verbindung mit der intensiven Wahlarbeit unserer Genossen, hatten genügt, um all die größtmöglichen Ideen dieser modernen „Marxisten“ auf ein bescheidenes Maß zurückzuführen. Sie wählten sich schon als Diktatoren in Thüringen, deren gewichtige Stimme künftig allein maßgebend sein würde, und sie sagten das Ende und die völlige Zermürbung unserer Partei siegesgemäß voraus.

Aber es kam anders. Denn während im allgemeinen bei den Landtagswahlen ein Stimmrückgang von 12 Prozent gegenüber der Reichstagswahl konstatiert werden konnte, war es den Unabhängigen bezogen, einen solchen von 17 1/2 Prozent zu verzeichnen! Unsere Partei allein hatte gegenüber den Reichstagswahlen, bis auf ein paar hundert Stimmen, keine Verluste und brachte genau dieselbe Abgeordnetenzahl (11) auf, die ihr nach dem Ergebnis der Reichstagswahl zugefallen wäre. Demgegenüber hatten die Unabhängigen einen Verlust von 4 Mandaten also rund 48 000 Stimmen zu beklagen. Das zeigte scharf zu den vorher noch hochfliegenden Plänen, umso mehr, da ja bekanntlich unter den 15 Mann, die als Unabhängige in den neuen Landtag einzogen, mindestens 4 Kommunisten sich befinden, sodaß die Fraktion dieser Unentwegten ein derart brüchiges Gebäude darstellt, daß auch nur die geringste Belastungsprobe unsere Genossen den U. S. P. Leuten den Präzedenzfall, den die bei den Wahlen dreifach gespaltenen Bürgerlichen dadurch an sich zeigen wollten daß sie sich als eine Fraktion konstituierten, wodurch sie auf 23 anwachsen. Um aber das zu verhindern, erklärte unsere Fraktionsführung, daß U. S. P. und S. P. ebenfalls zu einer Fraktionsgemeinschaft sich verschmelzen hätten und da so die sozialdemokratische Fraktion nur 26 Stimmen stark war, gab die 4 Mann starke demokratische Fraktion den Ausschlag. Diese entschied sich dafür, dem Unabhängigen die Stimme zu geben und so wurde denn der U. S. P. Kandidat Drecher mit allen 53 abgegebenen Stimmen gewählt.

Nun wäre es Aufgabe dieses unabhängigen Präsidenten gewesen, an die Regierungsbildung heranzutreten. Aber schon hier zeigte sich die totale Unzulänglichkeit. Bombastisch erklärten die Bescheideneren nun, daß sie bei einer Regierungsbildung den Ausschlag geben müßten und daß lediglich unabhängige Politik getrieben werden dürfe. Und so entwickelten sie eine ganze Repertoireliste meist ganz selbstverständlicher „Forderungen“, andere Stellen dieser Liste waren aber so trivialer Art, daß sie dem Kenner nur ein Lächeln entlocken können, denn all das war ja doch nur bestimmt, um bei den Anhängern im Lande den Eindruck des Unentwegten zu erwecken. Und die Verhandlungen zur Regierungsbildung begannen. Aber je weiter sie

gediehen, desto mehr zeigte sich die völlige Unfähigkeit der Leute, die die ganze Welt aus den Angeln zu heben vermeinen, wenn sie selbst von dem überwiegenden Einfluß nichts mehr wissen wollen, da ja doch bei den 15 unabhängigen und 26 sozialistischen von insgesamt 53 Stimmen keine „reine sozialistische Regierung“ gebildet werden könne.

Um das einzusehen, hatte man 4 Tage gebraucht. Und so überläßt man denn lang- und klanglos der „einen reaktionären Masse“ im roten Thüringen die Regierung, nachdem man durch wüste Agitation und ekelhaftesten Bruderkampf Hunderttausende von Wählern abgestoßen, in das bürgerliche Lager zurückgetrieben und aus der sozialistischen Mehrheit eine Minderheit gemacht hat!

Verbohrte Querköpfe.

In Mecklenburg-Schwerin haben die Wahlen keine sozialistische Mehrheit gebracht. Aber mit Unabhängigen und Demokraten könnte unsere Fraktion eine Mehrheit zustande bringen. Die Unabhängigen aber, die über fünf Mandate verfügen, haben, hochtragend, wie sie nun einmal sind, diese Regierungsbildung abgelehnt. Diese Lattade verlegt Hans Leub, der sonst sehr viel für die Unabhängigen über hat, in eine namenlose Wut. In der letzten Nummer der „Welt am Montag“ geht er kräftig mit ihnen ins Geschirr und deckt schonungslos den Unsinns auf, den sie begangen haben. Er beklagt es, daß nicht einmal die Rechtschwendung im Reiche eine Einigung der Arbeiterschaft zustande gebracht hat und betont, daß die Gerechtigkeit allein den Gefahren, die von rechts drohen, trocken kann. Dann sagt er wörtlich:

„Es muß nichts: — verbohrte Querköpfe rennen ihrem Willen nach. Wie sammelnde Hasen in ihrem Liebeskoller ihre Laubfelle am hellen Tage nicht sehen, so hopen die Narren der rüchigen Phantome hinter ihren roten Sesseln. Sie werden erst zu Verstand kommen, wenn sie den Speichen, Rindern und Kanonen ihrer schändlichen Widersacher aufgefressen sind!“

Und an einer anderen Stelle heißt es:

„Die Wellenlinie des Volksgeföhls wird wieder zur Brandung hinaufführen und dann wird das Proletariat einig sein! Aber das ist das Hundsgemeine, daß die Unvernunft vorher — jetzt — für jene Zeit des Zusammenbruchs alle Klassen in die Hände der Feinde der Republik liefert!“

Wir haben diesem Urteil nichts hinzuzufügen. Mächtigen nur dem Wunsch Ausdruck geben, daß die Arbeiterschaft baldmöglichst die Gefahr erkennt, die ihr aus der Politik der Unabhängigen erwächst, jener Politik, die gemacht wird nach dem Grundsatze: Opposition auf jeden Fall!

Inflationsreform.

Wie das „Vestner Tagblatt“ hört, liegt dem Reichsrat ein Gesetzentwurf vor, der hinsichtlich die Abwertung von Straftaten in erster und zweiter Instanz grundsätzlich unter Mitwirkung von Laien vorzizie. Ferner steht in näher Aussicht die Errichtung von Arbeitsgerichten und die Umgestaltung der Zivilprozessordnung im Sinne einer Beschleunigung und Vereinfachung.

Die Magdeburger Sensationsmeldung.

Zu den von der „Magdeburger Zeitung“ gebrachten Mitteilungen über angebliche Pläne der Proklamierung der Sowjetrepublik in Deutschland, die das Wolffsche Bureau weiter verbreitet hat, wird dem „Vorwärts“ aus Magdeburg gemeldet: Die ganze Affäre ist von A bis Z erlosen und erregt allgemeine Heiterkeit. Die „Magdeburger Zeitung“ ist einer Fressföhre zum Opfer gefallen. Der Oberpräsident Hörding hat es abgelehnt, sich amtlich auch nur mit einem Wort zu der ganzen Angelegenheit zu äußern, da sich die „Entfällungen“ der Zeitung von selbst richten. Als unechter wird es bezeichnet, daß das Wolffsche Bureau sich dazu hergegeben hat, derartige Tendenzmeldungen in alle Welt hinauszuwerfen.

Badischer Landtag.

61. öffentliche Sitzung. gr. Karlsruhe, 28. Juli.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 3.55 Uhr. Vom Arbeitsministerium ist ein Schreiben eingelaufen, daß die Siegelungs- und Landbank für 1920 für gemeinsame Zwecke mindestens 20 000 Hektar Meter Mundholz liefert. Das Schreiben geht an die Kommission.

Auf eine kurze Anfrage des Abg. Markloff (Soz.) bezüglich des Grundbesitzes des badischen Staates und der Verpachtung teilt Minister Köhler mit, daß die gewünschte Denkschrift im kommenden Winter vorgelegt wird. — Auf eine weitere Anfrage des Abg. Markloff (Soz.) bezüglich der Arbeitslosigkeit teilt Minister Köhler mit, daß die Reichsregierung mitteilt, daß die Antragsnahme des Bahnhofs Freiburg-Biehle nicht möglich ist, da die Straßen- und Entwässerungspläne noch nicht genügend vorgefertigt sind. — Auf eine Anfrage des Abg. Strobel (Soz.) bezüglich der Getreidepreise in Baden teilt Ministerialrat Föhrenbach mit, daß die Preise vom Reichsernährungsministerium festgesetzt sind, wobei der Transportunterchied eine Rolle spielt.

Das Gesetz über das Verfahren bei den Landtagswahlen beim Vorkaufsrecht und bei der Volksabstimmung wird in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Abg. Strobel (Soz.) berichtet über den Gesetzentwurf über die Abänderung des Gebäudeversicherungs-Gesetzes, dem die Kommission nach einer von ihr vorgenommenen Änderung zustimmt. Nach dem Gesetzentwurf sind die Neubauskosten und Versicherungssummen sämtlicher zur Versicherung aufgenommenen Gebäude des Landes auf Grund der Baupreise vom 1. August 1914 nach einem vereinfachten, durch das Ministerium des Innern zu bestimmenden Verfahren neu festzusetzen bei festgelegten prozentualen Zuschlägen. In Schadensfällen, die seit dem 1. Januar 1920 eingetreten sind oder künftig eintreten, wird die Entschädigung unter Zugrundelegung der ortsüblichen Baupreise vom 1. August 1914 festgesetzt, wozu ein Zuschlag gemacht wird.

Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen. Abg. Mager (D.N.) berichtet über die Abänderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse des Sanitätspersonals. Die Kommission änderte den Regierungsentwurf durch Beringerung der Maßregeln und ab beantragte Genehmigung in diesem Sinne. Danach sind wahlberechtigt und wählbar zur Apothekerkammer sämtliche approbierten Apotheker, die in einer Apotheke Baden tätig sind, Reichsbangehörige sind und in Baden ihren Wohnsitz haben; sie bilden zwei Gruppen, von denen jede für sich ihre Vertreter wählt.

Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen. Den Bericht des Ausschusses für Jvandswirtschaft, der noch auf die Tagesordnung gesetzt wird, gibt Abg. Schön (Dem.), der die bereits veröffentlichten Entschlüsse auf Aufhebung der Jvandswirtschaft für eine Weile zurückstellen will. Beizubehalten ist die Jvandswirtschaft für Milch, Butter, Käse des Landes, Wolle, Getreide, einjährige Gerste und Hafer, Zucker, Rohlen, Brennstoffe.

Der Kartoffelpreis wird sich wesentlich unter dem Mindestpreis von 25 A halten; man kann mit einem Preis von 15—20 Mark rechnen. Nicht ermutigt sei, daß die Kartoffelproduktion durch Beschneidungen seien, seit der Höchstpreis von 32 A festgelegt wurde. Die Erzeugung der Bevölkerung muß wichtiger sein, als die Brannweinherstellung. Sollte es nicht möglich sein, die Jvandswirtschaft der in Frage kommenden Artikel für das ganze Reich aufzugeben, so wäre dies wenigstens für Baden zu erdienen. Weiter befaßte sich der Ausschuss mit der Heraushebung der Preise für Lebens- und Bedarfsartikel, wozu er gewisse Richtlinien entwarf. Vertreter des Mannheimer Neuenauschusses meinten, daß durch Einbuße von Lebensmitteln die höchste Preisleistung erreicht werde. Die Richtlinien laufen vor allem darauf hinaus, das Angebot zu vermindern durch Steigerung der Erzeugung von Landwirtschaft und Industrie und Verminderung von Luxusartikeln. Durch freie Veräußerung sind zwischen Erzeugern und Ver-

Wohnen hier noch mehr Leute, die erlösungsbedürftig sind —, fragte Frau Kalk.

„Nein“, sagte der Tischler. „Erlösung brauchen sie nicht, aber Speise und Kleider oder am liebsten Arbeit; viel Arbeit und gutbezahlte Arbeit. Aber es ist am besten, die Damen gehen nicht hinein; denn der eine hat die Boden.“

„Die Boden“ sagte Frau Roman; „und man hat uns kein Wort davon gesagt! — Kommt, Eugenie, wir wollen die Polizei herbestellen! Bei, was sind das für Menschen!“

„Aber die Kinder! Dem gehören diese Kinder? Antwort!“ sagte Frau Kalk und drohte sogar mit dem Bleistift.

„Mir, gute Frau“, sagte die Mutter.

„Aber der Mann! Wo ist der Mann?“

„Der läßt sich nicht mehr blicken“, sagte der Tischler.

„Dann werden wir die Polizei nach ihm schicken. Und wir lassen ihn ins Arbeitshaus stecken. Hier solls anders werden. — Das ist ja wirklich ein gutes Haus, wie ich sagte Eveline.“

„Wollen sich die Damen nicht setzen?“ fragte der Tischler. „Es plaudert sich besser, wenn man sitzt; wir haben nur keine Betten, die hat die Weisfexer zur Gasbeleuchtung erstens verschlungen; damit ihr nämlich nichts vom Theater nicht im Dunkeln nach Hause zu gehen braucht, wir haben kein Gas, wie ihr sehet; und zur Wasserleitung zweitens! Damit eure Mägdle keine Treppe zu steigen brauchen, wir haben keine Wasserleitung; und zum Krankenhause drittens; damit eure Söhne nicht zu Hause liegen müssen —.“

„Kommt, Eugenie, um Gotteswillen, das wird ja unerträglich —.“

„Ich verrechere Ihnen, meine Damen, daß es hier bereits unerträglich ist“, sagte der Tischler. „Und es kommt der Tag, wo es noch schlimmer wird; dann aber, dann kommen wir von den weißen Bergen und Schindlerbühlbergen herunter mit großem Getöse wie ein Wasserfall und fordern unsere Betten zurück. Fordern? Nein wir nehmen! Und müssen, und ihr müßt Kartoffeln essen, daß eure Mägdle sich wie ein Trommelfell spannen, als hätte ihr die Wasserfur durchgemacht wie mir —.“

Die Damen waren beschwunden, unter Zurücklassung eines Stoßes Proschiren.

„Bei! Teufel, wie das nach Könnischen Wasser riecht! Ganz wie nach Nitren!“ sagte der Tischler. „Eine Krise Schumbacher!“

Er wachte sich mit einer blauen Schürze die Stirn und griff wieder zum Hobel, während die anderen ihre Betrachtungen anstellten.

Wohltätigkeit.

Von August Strindberg.

„Dies Haus sieht gut aus.“

„Sieht es gut aus?“ fragte die ältere Dame. „Ich finde es sieht schrecklich aus.“

Es war ein altes, einstöckiges Haus aus Holz, das auf einen Bergfelsen hinaufgesteckt war und nun so aussah, als habe es Hüfte; es war schief, als habe es Ausfall gehabt; es sollte nämlich einmal gestrichen werden, es war aber kein Stacheln geblieben; es sah in jeder Beziehung erbärmlich aus und man konnte kaum an das Schicksal der Feuerversicherung glauben, das an der Wand roß und verfiel, daß ein Phönix aus der Flamme emporsteigen werde.

„Ich meine, es sieht für unsern Zweck gut aus. Wissen Sie vielleicht, Antscher, ob in diesem Hause Arme wohnen?“

„Wissen tue ich nicht, aber ich glaube, man kann darauf schwören.“

„Schwören ist Sünde, also lassen Sie! Warten Sie jetzt her auf uns, während wir hinaufgehen und unsern Dienst verrichten.“

„Sör mal, Eugenie, wollen wir nicht erst hier unten mit den Kindern sprechen“, sagte Frau Roman zu Frau Kalk und blieb stehen.

„Ja, das können wir tun. Komm her, mein lieber Junge, wie heißt du?“

„Albert“, antwortete ein kleiner blauer Sechsjähriger.

„Kennst du Jesus, mein Junge?“

„Ne!“ antwortet der Kleine lachend und steckte den Finger in den Mund.

„Das ist ja fürchterlich“, sagte Frau Kalk und griff zu ihrem Notizbuch. „Ich schreibe: Katharina-Gemeinde. Weiße Berge. Tiefe geistige Finsternis bei den Minderjährigen. — Kann man Finsternis sagen — Willst du denn Jesus kennen lernen?“ fragte sie den Jungen weiter.

„Ne!“

„Willst du denn ein Selbststück haben, mein Junge?“

„Ja!“

„Ich bitte, mußt du sagen! — Im höchsten Grade vermahlost; es gelang mir jedoch, sie durch Milde zu einem besseren Betragen zu erziehen.“

„Ist das ein fürchterlicher Geruch! Laß uns weitergehen, Eugenie“, bat Frau Roman.

Sie gingen die Treppe hinauf und traten in ein großes Zimmer ein, ohne anzuklopfen. Es war durch Kreidestriche in drei Teile geteilt: in jedem trieb ein Tischler und ein Schumacher sein Handwerk; der dritte Kreis war ausschließlich für das Familienleben bestimmt.

Der Tischler nahm den Hobel und hobelte auf ein ästiges Brett los, so daß die Damen schreien mußten, um gehört zu werden.

„Dürstet hier jemand nach Erlösung und Gnade?“ schrie Frau Roman, während Frau Kalk den Zerfäuber mit könnischem Wasser über die Kinder blies, die vor Brennen in den Augen an zu weinen fielen.

„Warten Sie Erlösung an, meine Damen?“ fragte der Tischler, der seine Arbeit unterbrach. „Wo haben Sie die her? Vielleicht gibt es auch Wohltätigkeit und Demut und Hochmut?“

„Sie sind ein roher Mensch und werden einmal verdammt sein“, antwortete Frau Roman.

Frau Kalk schrieb in ihr Notizbuch und sagte:

„Der ist gut!“

„Sprechen Sie“, sagte Frau Roman.

„Das kennen wir! Vielleicht wollen Sie über Religion mit mir sprechen, meine Damen? Ich kann über alles sprechen. Wissen Sie, meine Damen, daß Anno 829 ein Konzil in Nizza war, wo der Heilige Geist in die schmalkaldischen Artikel aufgenommen wurde?“

„Nein, das wissen wir nicht, mein guter Mann.“

„Warum nennst du mich gut? Niemand ist gut als Gott allein, sagt die Schrift. — Sie kennen also das Konzil in Nizza von 829 nicht, meine Damen? Wie will man denn andere was lehren, wenn man selber nichts weiß? Na, und wenn jetzt die Wohltätigkeit losgehen soll, so halten Sie sich dran, während ich den Rücken kehre; denn die wahre Wohltätigkeit geschieht im geheimen. Lieben Sie die nur immer an den Kindern, die können sich nicht verteidigen; lassen Sie uns aber in Frieden. Gebt uns Arbeit, wenn ihr wollt, und lernt die Arbeit bezahlen, dann braucht ihr nicht so herumzulaufen! Eine Krise, Schuster!“

„Kann man schreiben: Großer Unglaube ganz verhärte, Eveline?“ fragte Frau Kalk.

„Verstodt ist besser, Eugenie.“

„Das schreiben Sie auf, meine Damen? Unsere Sünden? Dann ist das Buch sicher zu klein.“

„Die Frucht der sogenannten Arbeitervereine —“

„Sehr gut“, sagte Frau Roman.

„Süßet euch vor dem Arbeiterverein“, sagte der Tischler. „Hundert von Tahren ist man gegen die Könige zogen, jetzt aber haben wir entdeckt, daß es nicht ihre Schuld ist; das nächstemal zieht man gegen alle Müßiggänger los, die von fremder Arbeit leben; dann werden wir etwas erleben!“

„Stil, stil!“ sagte der Schuster.

brachten die Arbeiter zugrunde... unter zugrunde... für Lebensw... Vermehrung... nach ihren... unter ihren... Minister J... wenn es für... in Sinne... Reichsregie... erheben um... der Eingab... liegen. Wir... eine Linie lom... erkrankungs... dem Vorgehen... bei der Ofter... Handel eben d... ich liegt es mi... Spamsdorf da... Kommissar über... lannten freien... wagt uns die... rüchelten. Tod... deren Öffnung... Wirtschaft we... beität und sie... Abg. Dr. J... die Kommission... den soll.

Die Komm... gemischt.

Hierauf w... 1918/1918 be... nicht gemisch... Auf eine... die Einleitung... Unterrichtsmit... zusammen... Die Schult... (St.) als Vor... Vorhaben.

Nächste Sit... zung: Ordnung... (St.) Intrag... der... Schluß der...

wählten die... frage im be... „Ist es d... 1 Juni aus... über das eibe... Regeln und... Regierung von... nach welchen... verteilen?“

De... Berlin, 29... im Ministeri... Auf der... des vom Abg... Gesetzen...

Abg. Nabb... stellt, das G... auf zu bereite... Abg. A. G... in Schuß nehm... Sind die... erfüllt worden... als alter Sold... er. Ich hoffe... mende Früchte... Abg. Hofe... ich halten, de... Anstalt (Stürm... des Präsidenten... gar keine Abnu... denen... (St... im Saal und... Willkürgerichte... locen.

Es wird u... Karlsruhe... aufhalt auf... Panheim... here Anzahl er... über 3000 Kinde... gen und andere... und August nur... dem Heuberg... Als vor... lehrer der Kar... durch die seit... bei der Schu... den seien, zwei... dieser Angaben... liche Unterrichts... schloß sich in... jedoch, daß in... als 7000 Kinder... aufenthaltes in... und guter... Nachstum auf... Man entzieht e... Milch und das... teilweise werd... unbedeutenden... wohnenden Gesch... schloß sich auf... in dem Saalbe... erhaltungsbüro... betriebsministerium... lammig. Auch... Kaminlein, iow... berung der Re... die große instäl... Es mochten... Amalide Aus... eine geuntheit... ihrer Aufnahme... und darüber hi... sich nicht an das... nach der Sage... effenem Markte... Aben die einge... den. Der S...

Angemessene Preise zu vereinbaren. Auf dem Gebiete der Arbeitslöhne und Gehälter ist die gleiche Lohnfaktoren zugrundelegung von Indizes anzuwenden. Zur Erreichung dieses Zweckes sollen Reichs- und Kommunalverbände, Arbeitgeber und Händler ihre Waren zu den heutigen Weltmarktpreisen auf den Markt bringen, auch wenn diese Preise unter ihren Einkaufspreisen stehen.

Minister Kemmerer teilt mit, daß das Ministerium des Innern es für notwendig hielt, die Bezirksämter darauf hinzuwirken, im Sinne der Aufhebung der Nichtlinien tätig zu sein. Die Reichsregierung hat jedoch gegen unser Vorhaben Einspruch erhoben und hat bereits Repräsentanten angeordnet, die in der Einziehung von Kartoffellieferungen aus Norddeutschland liegen. Wir müssen deshalb hier mit der Reichsregierung auf eine Linie kommen und morgen finden in Berlin mit dem Reichs- ernährungsminister Verhandlungen statt. So haben sich aus dem Vorhaben des Landtags neue Schwierigkeiten ergeben. Auch bei der Döbereiner haben sich Schwierigkeiten ergeben, weil der Handel eben die Nachfrage noch nicht befriedigen kann. Nehmlich liegt es mit den Kartoffeln. Wenn man die Aufhebung der Zwangsverpflichtung verlangt, dann darf man der Regierung keine Vorwürfe über Preise machen. Ebenso kann man in der verlangten freien Wirtschaft keine Ausführverbote verlangen. So verlangt uns die Aufhebung der Zwangsverpflichtung neue Schwierigkeiten stellen. Doch wünsche ich, daß die Beschlüsse der Kommission deren Forderungen reifen lassen. Nachdem allgemein die freie Wirtschaft verlangt wurde, wünsche ich, daß sie nicht zusammenbricht und sie Gutes bringt.

Abg. Dr. Lehner (Str.) bemerkt, daß die Regierung durch die Kommissionsanträge nicht in Schwierigkeiten gebracht werden soll. Die Kommissionsanträge und Nichtlinien werden einstimmig genehmigt.

Hierauf wird über den Rechnungsnachweis des Landtags 1918 berichtet und von diesem ohne Beanstandung Kenntnis genommen.

Auf eine kurze Anfrage des Abg. Müller-Rohr (Sog.) über die Einstellung des Bundes am Realgymnasium in Laubach vom Unterrichtsministerium mitteilt, daß dies mit der Preissteigerung zusammenhängt und daß weitergebaut werde.

Die Schulkommission hat sich konstituiert mit Abg. Bernauer (Str.) als Vorsitzenden und Abg. Kraus (Sog.) als Stellvertreter.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 4. August, nachmittags 1/2 11 Uhr. Tagesordnung: Gesetzentwürfe, 1. Nachtrag zum Staatsveranschlagung, Anträge, Petitionen, Umbildung der Ministerien. Schluß der Sitzung: 7 Uhr.

Zur Ernährungsfrage. Die Abg. Strobel (Sog.) u. Gen. folgende kurze Anfrage im heutigen Landtag: Ist es der Regierung bekannt, daß die Presse unterm 1. Juni am Bern berichtete, der Schweizerische Bundesrat habe das eidgenössische Ernährungsamt ermächtigt am Baden Weizen und Mehl zum Selbstkostenpreis abzugeben? Hat die Regierung von diesem Angebot Gebrauch gemacht? Wenn ja, nach welchen Grundsätzen gedenkt sie das erwerbende Mehl zu verteilen?

Abg. Rabreau (Sog.) begründet einige Anträge und bemerkt, das Gesetz solle dazu dienen, einer Justizschmach ein Ende zu bereiten.

Abg. v. Galtwitz (D.N.): Ich muß die Militärgerichtsbarkeit in Schutz nehmen, denn es handelt sich hier um politische Mord. Sind die Mordurteile der Sowjetarmee von Hochgerichten gefällt worden? Militärgerichte sind viel besser als ihr Ruf. Als alter Soldat kann ich das besser beurteilen als mein Gegner. Ich hoffe, daß der Baum, an dem die Wespen nagen, noch manche Früchte tragen wird.

Abg. Rosenfeld (U.S.): Man sollte es doch kaum für möglich halten, daß ein Führer des stolzen und kühnen Weltkrieges sich hinsichtlich (stürmischer Protest, allgemeines Durcheinander, Glorifizierung der Präsidenten), sich hinsichtlich dessen Worte bereuen, daß er gar keine Ahnung von den furchtbaren Strafen des blutüberlieferten... (Schallende Heiterkeit). Die weiteren Worte gingen im Lärm und den fortwährenden Unterbrechungen unter. Die Militärgerichte haben im deutschen Volke jedes Vertrauen verloren.

Abg. Best (Str.): Angesichts der veränderten militärischen Verhältnisse ist meine Partei der Ansicht, daß jetzt die kaiserliche Gerichtsbarkeit notwendig ist. Ich kenne die Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit der Militärgerichte, habe sie aber jetzt nicht mehr für angebracht.

Abg. Fröhlinghaus (D.N.): Dr. Rosenfeld hat der Kasse der Offiziere die Schuld an allem gegeben. Namens der 10 000 Offiziere, die der grüne Rasen deckt, erhebe ich gegen die Beschimpfung Einspruch. Nicht zehn Jahre werden vergehen, bis das deutsche Volk die Elemente, die uns in das Unglück der Revolution hineingeführt haben, verfluchen wird. Die Kasse der Offiziere ist ein schwerer Fehler. Ich bitte, dafür zu sorgen, daß die 100 000 Mann Reichswehr, die jetzt zur Entlassung kommen, ein Unterkommen finden.

Abg. Dr. Haas (Dem.): Auch ich erkenne die guten Seiten der Militärgerichte an, aber es sind auch schwere Fehler vorgekommen.

Reichswehrminister Dr. Gessler: Ich sehe in dem Entwurf die Einlösung eines in Weimar gegebenen Versprechens und erkläre die Annahme durch die Regierung. Namentlich wird dadurch eine Verhütung der militärischen Atmosphäre erzielt. Notwendig ist jedoch gleichzeitig eine Reform der bürgerlichen Rechtspflege in dem Sinne, daß der Tat schnell die Abfindung folgt.

Die §§ 1-8 werden angenommen. Zu § 9 beantragen die Unabhängigen ein Verbot des Waffengebrauchs bei Verhaftungen.

Abg. Gersfeld (U.S.) begründet den Antrag mit dem Hinweis auf zahlreiche Fälle, in denen auf fliehende Verhaftete geschossen wurde.

Abg. Dr. Haas (Dem.): Unter gewissen Umständen muß der Soldat töten können. So einfach ist die Sache nicht.

Ein Antrag der Unabhängigen auf Schießverbot für Soldaten wird mit Hilfe des Sammelstimmes mit 192 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird angenommen. Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erhebt Abg. Fröhlinghaus Einspruch. Es folgt die zweite Lesung des Reichsnotehtats.

Abg. Voglher (U.S.): Ich halte es nicht für zutreffend, daß der Präsident der Republik Herr über Leben und Tod ist wie jetzt die Landesfürsten. Ich bedaure, daß der Präsident auch in solchen Fällen Todesurteile gefällt hat, wo es sich um Ueberriffe in der Hitze des politischen Kampfes für die Freiheit gehandelt hat, und verlange die Aufhebung des Ausnahmezustandes. Der Reichspräsident ist überhaupt eine der überflüssigsten Einrichtungen.

Abg. Müller-Franken (Sog.): Der Vordrucker hat keinen Beweis dafür erbracht, daß der Präsident die ihm zutreffenden Rechte überschritten hat.

Vizepräsident Best erklärt, es dürfe zwar der ehemalige deutsche Kaiser jetzt in der Debatte erwähnt werden, und er müsse sich auch eine Kritik gefallen lassen, aber es sei auch Pflicht des Präsidenten, ihn wie jeden anderen Staatsbürger vor einer persönlichen, gehässigen Beschimpfung zu schützen.

Abg. Voglher (U.S.) beharrt darauf, daß Präsident Ebert als Sozialdemokrat die Verpfändung habe, sein Todesurteil zu unterzeichnen.

Reichsjustizminister Heine stellt nach Material einige Fälle im Angebiet anders dar als der Vordrucker. Beim Kapitel Reichsjustiz wünscht Abg. Haumann (Dem.) angesichts der großen Ausgaben, die dem Hause bevorstehen, und angesichts des Umstandes, daß der Reichswirtschaftsrat die gleichen Fragen verhandelt, daß Mittel gefunden werden müssen, die Verhandlungsfähigkeit des Hauses zu stärken, etwa durch eine Begrenzung der Redegrenze.

Beim Kapitel Reichswirtschaftsministerium fordert Abg. Derg (U.S.) die Sozialisierung des Bergbaues und der Papierindustrie.

Zum Kapitel Reichsmilitärgericht bringt Abg. Rosenfeld (U.S.) seine bekannten Anträge aus neuer Vorrede und verlangt Zulassung der Öffentlichkeit zu den Verhandlungen der Reichsmilitärgerichte.

Beim Kapitel Reichsjustizministerium erhebt Abg. Ludwig (U.S.) Klage gegen die Reichsjustiz, deren untere Organe den Anordnungen des Ministers nicht Folge leisteten. Hierher gehöre der Fall Dörten. Er wirft sodann der Regierung Bruch der Abmachungen in Weisfeld vor und verurteilt das Militär der Reichswehr bei der Säuberung des Ruhrgebietes.

Abg. König (Sog.): Die ungeschickten Redenden müssen aus dem Ganges entfernt werden. Die Zeit drängt. Auch in diesen wenigen, dem Hause noch verbleibenden Tagen müsse ein Amnestiegesetz erlassen werden.

Abg. Düwell (U.S.) stimmt der Amnestie zu, aber nicht als einem Akt der Gnade, sondern als einer Selbstverständlichkeit. Die Verurteilung der im Angebiet geübten Rechtsprechung sei allgemein; die Zivilrechtsprechung leistete noch Schmachvoller als die Militärgerichte.

Bizanzler und Reichsjustizminister Heine entgegen, alle Anklagen gegen die Reichswehr hätten nichts mit der Justiz zu tun. Die Anklagen seien schändlich, derart, daß er nicht imstande sei, sie hier im Einzelnen durchzugehen. Er habe nicht die Absicht, sich der Verantwortung, die ihm treffen könne, zu entziehen. Er sollte sodann der Gewissenhaftigkeit und Pünktlichkeit der Richter hohes Lob. Zur Ruhrabsetzfrage erklärt er, daß bislang 1270 Beanabigungsgehalte eingegangen und 667 davon bereits bewilligt seien. Aus allen diesen Anklagen spreche nur der Haß gegen die deutsche Justiz.

Das Haus genehmigt das Kapitel Reichsjustizministerium. Während einer Geschäftsordnungsdebatte erklärt Reichswehrminister Gessler, daß im Friedensvertrag Befestigung der allgemeinen Wehrpflicht verlangt wird. Die große Vorlage über diesen Punkt werde erst im Herbst kommen. Morgen werde eine den Wünschen der Entente entsprechende Notverordnung zur Erledigung gelangen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Freitag vormittag 11 Uhr. Tagesordnung: Anträge, Interventionen und kleinere Vorlagen. — Schluß 7.30 Uhr nachmittags.

Im Haushaltsausfluß des Reichstags wurde der deutschnationalen Antrag gegen die Masseneinwanderung fremdstämmiger Elemente angenommen.

Aus der Partei.

Am Sonntag, 8. August, vormittags 9 1/2 Uhr, findet in Spid im Gasthaus zum „Grünen Baum“ eine Gemeindevorstanderversammlung statt. Hierbei wird Gemeindevater Gen. Gunt aus Eittingen einen Vortrag halten: „Die Wirkung der Reichsabgabenordnung auf die Finanzwirtschaft der Gemeinden.“ Die Gemeindeväterin Genossin Knecht aus Durlach wird die hochwichtige Frage behandeln: „Gemeindliche Fürsorge.“ Die Gemeindeväter und Bürgerauswahlsmitglieder unserer Partei der Orte Hagsfeld, Blankenloch, Büding, Staßfurt, Friedrichstal und Spid werden zur vollzähligen Beteiligung aufgefordert.

Das Parteisekretariat: Oskar Trinks.

Auf die am Sonntag, 1. August, vormittags 9 Uhr, im Gasthaus zur „Folz“ in Bruchsal stattfindende Konferenz sei nochmals hingewiesen. Parteisekretär Genosse Trinks wird dabei einen Vortrag halten. Keine Mitgliedschaft des Ortsbezirks Bruchsal darf unvertreten sein. Ist der Vorsitzende der Mitgliedschaft am Erscheinen verhindert, so muß er unbedingt für eine Vertretung sorgen. Natürlich haben auch andere Genossen, die sich dafür interessieren, Zutritt.

Die Bezirksleitung.

r. Durmersheim, 30. Juli. Sozialdem. Partei. Morgen Samstag, 31. Juli, abends 1/2 9 Uhr, findet im Gasthaus zur „Krone“ eine Parteiverammlung statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen aller Parteigenossen dringend notwendig.

Badische Politik.

Parlamentarischer Abend. In einem parlamentarischen Abend in das Staatsministerium hatte auf Donnerstagabend Staatspräsident Geis eingeladen; der Einladung war zahlreich Folge geleistet worden. Neben den Abgeordneten, den Mitgliedern der Regierung waren die Vertreter der Karlsruher akademischen und städtischen Behörden, der Reichs- und Sächsischen Wehr und der Presse erschienen. Staatspräsident Geis begrüßte mit einer kurzen Ansprache die Gäste und schloß mit einem Hoch auf die badische Heimat; Landtagspräsident Dr. Kopp dankte für die Einladung mit einem Hoch auf den Staatspräsidenten und dessen Gemahlin. Der Abend verlief in anregender und gemüthlicher Weise.

Der Fall Ruge. In der Angelegenheit des Privatdozenten Dr. Arnold Ruge, dem, wie berichtet, die venia legendi (das Recht, Vorlesungen an der Universität zu halten) entzogen worden ist, wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, daß das Staatsministerium den Rektor Dr. Ruge zurückgewiesen hat. Wie uns weiter hierzu geschrieben wird, hatte Dr. Ruge am 22. November 1919 gelegentlich einer Demonstration die angelegliche Nichterwählung des Stifiers der Universität in einer Universitätsfeier als freischaffend bezeichnet und ein Mitglied des Engeren Senats besandigte er die Einstellung und der Demonstration. Seinen engeren Berufskollegen warf er niederträchtige Behandlung vor, deren Buzzel er in dem sich weiter auswirkenden System der unser Volk beherrschenden Juden und ihrer Hintermänner, alle diejenigen zu ruinieren und bei den eigenen Berufsgenossen herabzusetzen, die diesem System die Stirne bieten“ sucht. In einem Schreiben wirt er dem Rektor vor, daß sein Verhalten mit der Ehre eines akademischen Lehrers unvereinbar sei. Die Frist zur Zurücknahme seiner Beleidigungen habe Dr. Ruge dazu benützt, neue Beleidigungen aus-

Auch die Schlafgelegenheit ist gut geregelt; in größeren oder kleineren Stuben sind die Betten der Kinder — Strohmatten mit drei Decken — untergebracht. Es ist ja nicht so, daß sich auf dem Heuberg nur Jagen, Paraden befinden, durch die die kalte Nachtluft unangenehm pfeifen kann, sondern es stehen dort feste, massive Steinbauten, die Schutz gegen alle Witterungs-unbill gewähren; was hinsichtlich der Nahrung bedürftig wäre, das ist der Einbau von Aborten in diese Schlafgebäude. Der Militärstatus hat natürlich nur mit dem Aufenthalt von wettverfehlten, geübten Soldaten geadmet, die aus nichts sich außerhalb des Gebäudes bewegen können, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Deshalb ließ er die Aborte außerhalb anbringen. Juden werden die Kinder auch nichts durch eine Pflegerin ständig überwacht.

Und hier mag eingeschaltet werden, daß für ärztliche Hilfe in ausreichendem Maße gesorgt ist. Ein früherer Arzt der Kinderklinik in Kreibitz ist mit der Prüfung des Gesundheitszustandes der Kinder betraut; er greift sofort ein, wenn ein Fernerkind irgendwie unbehaglich wird. Ihm steht das fröhliche Soldatenlazarett zur Verfügung und es erweist ausge-schlossen, daß Epidemien usw. sich ausbreiten können, weil er sofort die nötige Isolierung einzelner kranker Kinder vornehmen kann. Natürlich sucht er auch den gesundheitlichen Einfluß des Ferienaufenthalts festzustellen. Die Kinder werden bei der Ankunft familiäre gemessen und gewogen und ebenso beim Verlassen des Heubergs wiederum derselben Prozedur unterzogen. Die entsprechenden Feststellungen werden jederzeit der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. Bis jetzt lauten sie dahin, daß unter der Einwirkung der scharfen Luft die Kinder an Gewicht zunächst etwas abnehmen, dann aber erfolgt ihre Bewidmung umso rascher.

Die für ärztliche Hilfe ist auch auf die Seelsorge Bedacht genommen. Ein katholischer und ein evangelischer Geistlicher wachen auf dem Heuberg ihres Amtes. Die Kinder freireligiöser Eltern werden nicht zu dem Besuche des Gottesdienstes der anderen Konfessionen gezwungen.

Die Beaufsichtigung der Kinder und ihre Unterweisung in Spielen erfolgt durch eine Anzahl junger Mädchen und auch Frauen, die in der Nähe des Heubergs beheimatet sind. Auf den ausgedehnten Flächen können sich die Erholung suchenden nach Vergnügen tummeln; auch unternehmen sie in Begleitung der Erwachsenden Ausflüge in die Umgebung. Damit sie aber nicht überanstrengen, müssen sie nach dem Essen 1-2 Stunden unbedingt der Ruhe pflegen, was, nebenbei bemerkt, manchem Kinde etwas schwer fällt, da erfahrungsgemäß Kinder

Deutscher Reichstag.

Berlin, 29. Juli. Haus und Tribünen sind schwach besetzt. Am Ministerisch Reichswehrminister Gessler.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des vom Abg. Müller-Franken (Sog.) eingebrachten Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Rabreau (Sog.) begründet einige Anträge und bemerkt, das Gesetz solle dazu dienen, einer Justizschmach ein Ende zu bereiten.

Abg. v. Galtwitz (D.N.): Ich muß die Militärgerichtsbarkeit in Schutz nehmen, denn es handelt sich hier um politische Mord. Sind die Mordurteile der Sowjetarmee von Hochgerichten gefällt worden? Militärgerichte sind viel besser als ihr Ruf. Als alter Soldat kann ich das besser beurteilen als mein Gegner. Ich hoffe, daß der Baum, an dem die Wespen nagen, noch manche Früchte tragen wird.

Abg. Rosenfeld (U.S.): Man sollte es doch kaum für möglich halten, daß ein Führer des stolzen und kühnen Weltkrieges sich hinsichtlich (stürmischer Protest, allgemeines Durcheinander, Glorifizierung der Präsidenten), sich hinsichtlich dessen Worte bereuen, daß er gar keine Ahnung von den furchtbaren Strafen des blutüberlieferten... (Schallende Heiterkeit). Die weiteren Worte gingen im Lärm und den fortwährenden Unterbrechungen unter. Die Militärgerichte haben im deutschen Volke jedes Vertrauen verloren.

Die Heubergkinder.

Es wird uns geschrieben: In diesen Tagen hat die Stadt Karlsruhe bei mehreren hundert Kinder zum Ferienaufenthalt auf den ehemaligen Heuberg entsandt. Die Stadt Karlsruhe bringt in nächster Woche ebenfalls eine größere Anzahl erholungsbedürftiger Kinder dorthin, ebenso treffen über 3000 Kinder aus Stuttgart, je 150 aus Heilbronn, Gießen und anderen württembergischen Städten ein, jedoch im Juli und August rund 8000 Kinder einen Teil ihrer Schulferien auf dem Heuberg zubringen.

Als vor einigen Monaten anlässlich der badischen Schulkonferenz der Karlsruher Stadtschulrat Dr. Paul Döber sprach, daß durch die fast fünfjährige Hungerperiode mehr als 50 000 Kinder der Schulalter infolge Unterernährung tuberkulös geworden seien, zweifelte man zunächst an der unbedingten Notwendigkeit dieser Angaben, soweit Baden in Frage kam. Späterer ärztliche Untersuchungen erholungsbedürftiger Schulkinder ergaben jedoch, daß in Karlsruhe mindestens 5000, in Mannheim mehr als 7000 Kinder dringend eines längeren oder längeren Ferienaufenthaltes in irgend welchen Schwarzwaldorten bei kräftiger Luft und guter Luft bedürfen, soll ihre Gesundheit und ihr Wachstum auf die Dauer nicht unzulässig beeinträchtigt werden. Man entzieht eben nicht ungenügend jahrelang den Kindern die frische Luft und das Fett, und es darf wohl ohne jede Hebertreibung behauptet werden, daß die Hungerperiode die schlimmsten gesundheitlichen Verheerungen bei den Kindern, bei der heranwachsenden Generation angerichtet hat. Dieser Einfluß vermindert sich auch der badische Landtag nicht; er bewilligte die in dem Hauptveranschlagung für 1920 für die Unterbringung von erholungsbedürftigen Kindern auf dem Heuberg durch das Reichsministerium angebotene Summe von 1 Million Mark einräumung. Auch die Stadtverwaltungen von Karlsruhe und Mannheim, sowie die Stadtverwaltungen und der Verein zur Förderung der Ferienkolonien haben erhebliche Zuschüsse, „daß die große soziale Hilfsaktion ins Werk gesetzt werden konnte.“

Es werden wohl verschiedentlich Bedenken bestehen, ob man gesunde Kinder in die etwas rauhere Luft des Heuberges über gesundheitliche Nachteile verbringen könne, denn die zu ihrer Aufnahme bestimmten Gebäude, die bis zum Kriegsende und darüber hinaus rein militärischen Zwecken dienten, reifen sich nicht auf das Stadium des Stetien am Italien Markt an, das nach der Lage seine Nebenbestimmung erhalten hat, weil auf diesem Gelände insofern große Kälte eine Menge ertrönen ist, während die einzelnen ärztlichen Gutachten zerstreuten diese Bedenken. Der Heuberg liegt zwar bei 800 Meter hoch und bei

der Nacht herrsche kälterer Luftzug, wie in der Ebene, aber am Tage und bei schönem Wetter sei es nicht minder heiß und angenehm, wie in anderen Gebieten des Landes. Und außerdem verheißt diese reine Luft ihre gute Einwirkung auf die Gesundheit der Ferienkinder nicht. Und so fing man den „Vertrieb“ am 22. Juni da. Es mit etwa 1800 Mannheimer und Karlsruher Ferienkindern an. Seine glückliche Fortsetzung und die erfolgreiche Beendigung ist sicherlich nicht leicht. Denn bei diesen Ferienkindern soll doch der bekannte Grundsatz in die Wirklichkeit übertragbar werden: Der Mensch ist, was er isst! Man will sie, muß sie gut nähren, wenn der erstrebte Zweck, die Folgen der ja gelängten Unterernährung zu beheben, erreicht werden soll. Nach dieser Richtung dürfte der nachfolgende Nahrungstisch den Eltern der Heubergkinder einigemmaßen Verhütung verschaffen. Er galt für die Tage vom 11. bis 14. Juli:

Sonntag: 1. Frühstück: 1/2 Liter Milch, 1 Brot; 2. Frühstück: 1/2 Liter Kaffee, 2 Butterbrote; Mittagessen: Rindfleischsuppe, frische Erbsen, Gemüse und Kartoffeln; Vesper: Kaffee mit 2 Marmeladebrotchen; Abendessen: Nockerl, Rote Grütze mit Vanille-Beigut.

Montag: 1. Frühstück: 1/2 Liter Milch, 1 Brot; 2. Frühstück: Gerstentuppe mit Brot; Mittagessen: Grieschuppe, Rindfleisch mit Nougat; Vesper: Kaffee mit 2 Marmeladebrotchen; Abendessen: Nockerl, Suppe, Sauremilch und Kaffeebrotchen.

Dienstag: 1. Frühstück: 1/2 Liter Milch, 1 Brot; 2. Frühstück: Nockerl, Rindfleischsuppe mit Brot; Mittagessen: Gerstentuppe, Rindfleischsuppe, Dörrenmilch und Kaffeebrotchen; Vesper: Kaffee mit 2 Marmeladebrotchen; Abendessen: Legierte Suppe, Reisbrei und Dörrenmilch.

Mittwoch: 1. Frühstück: 1/2 Liter Milch, 1 Brot; 2. Frühstück: 1/2 Liter Kaffee, 2 Butterbrote; Mittagessen: Reisuppe, Sauremilch und Nougat; Vesper: Kaffee mit 2 Marmeladebrotchen; Abendessen: Nockerl, Suppe, Sauremilch und Kaffeebrotchen.

Donnerstag: 1. Frühstück: 1/2 Liter Milch, 1 Brot; 2. Frühstück: Nockerl, Rindfleischsuppe mit Brot; Mittagessen: Gerstentuppe, Rindfleischsuppe, Dörrenmilch und Kaffeebrotchen; Vesper: Kaffee mit 2 Marmeladebrotchen; Abendessen: Legierte Suppe, Reisbrei und Dörrenmilch.

Freitag: 1. Frühstück: 1/2 Liter Milch, 1 Brot; 2. Frühstück: 1/2 Liter Kaffee, 2 Butterbrote; Mittagessen: Reisuppe, Sauremilch und Nougat; Vesper: Kaffee mit 2 Marmeladebrotchen; Abendessen: Nockerl, Suppe, Sauremilch und Kaffeebrotchen.

Samstag: 1. Frühstück: 1/2 Liter Milch, 1 Brot; 2. Frühstück: 1/2 Liter Kaffee, 2 Butterbrote; Mittagessen: Reisuppe, Sauremilch und Nougat; Vesper: Kaffee mit 2 Marmeladebrotchen; Abendessen: Nockerl, Suppe, Sauremilch und Kaffeebrotchen.

Sonntag: 1. Frühstück: 1/2 Liter Milch, 1 Brot; 2. Frühstück: 1/2 Liter Kaffee, 2 Butterbrote; Mittagessen: Reisuppe, Sauremilch und Nougat; Vesper: Kaffee mit 2 Marmeladebrotchen; Abendessen: Nockerl, Suppe, Sauremilch und Kaffeebrotchen.

Letzte Nachrichten.

Solidarität deutscher Arbeiter mit englischen Soldaten.

Wie die „Bosfische Zeitung“ aus Danzig meldet, wollten die auf dem Seemarkt demonstrierenden Arbeiter den Versuch machen, nach dem Gefängnis vorzudringen, um eine dort befindliche Abteilung von Engländern zu befreien.

Freie und Bundesstadt Danzig.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus Danzig: Gestern begann in der verfassunggebenden Versammlung die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs.

Vela Kunu freigelassen.

Der Berliner 29. Juli. Am 20. Juli ist ein Transport russischer Kriegsgefangener, bei dem sich zwei politische Persönlichkeiten darunter Vela Kunu befanden, in Stettin angelangt.

Schrittleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Überlicht und Letzte Nachrichten Hermann Kappel; für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Mundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giesele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Valuta-Bericht vom 30. Juli.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 14 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 14.57 1/2 M per holl. Guld.; Schweiz etwa 7.22 M per schwe. Fr.; England etwa 158.50 M per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 8.23 1/2 M per franz. Fr.; Neuhavre etwa 42 M per Dollar.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. Touristen-Verein „Naturfreunde“. Heute abend 8 Uhr Mitglieder-Monatsversammlung im „Edenraden“ (Kaiserpassage). Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Karlsruhe. (Steinarbeiterverband.) Samstag, 31. Juli, abends 8 Uhr, Versammlung im „Großherzog Friedrich“.

Karlsruhe. (Kassallia.) Samstag abend 7 1/2 Uhr Zusammenkunft im „Eichhorn“, Ede Waldhorn- und Jähringerstraße, aus besonderem Anlaß.

Karlsruhe. (Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“.) Sonntag den 1. August Abfahrt nach Raitheim zum Gartenfest um 10 1/2 Uhr vom Kriegereisenbahn.

Karlsruhe. (Sozialdemokr. Partei.) Morgen abend 8 Uhr findet in der „Krone“ Mitgliederversammlung statt.

Karlsruhe. (Soz. Partei.) Am Samstag, 31. Juli, abends 8 Uhr, Parteiverammlung im Gasthaus zur „Linde“.

Wasserstand des Rheins.

Schiffermel 255, gef. 20; Nebl 252, gef. 19; Mogen 513, gef. 31; Mannheim 399, gef. 10 Zentimeter.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebote. Friedrich Rafael von Augsburg, Kaufmann hier, mit Katharina Heinrich von Nürnberg.

Geburten. Erich Walter, B. Ferd. Tielius, Hausmeister. Erwin, B. Josef Dofader, Maschinenarbeiter.

Todesfälle. Anna Sier, alt 42 J., Ehefrau von Ludwig Sier, Kaufmann. Paula, alt 4 Mon., B. Aug. Penz, Straßenbahnkassier.

Verheiratete. Anna Sier, alt 42 J., Ehefrau von Ludwig Sier, Kaufmann. Paula, alt 4 Mon., B. Aug. Penz, Straßenbahnkassier.

Verheiratete. Anna Sier, alt 42 J., Ehefrau von Ludwig Sier, Kaufmann. Paula, alt 4 Mon., B. Aug. Penz, Straßenbahnkassier.

Verheiratete. Anna Sier, alt 42 J., Ehefrau von Ludwig Sier, Kaufmann. Paula, alt 4 Mon., B. Aug. Penz, Straßenbahnkassier.

Verheiratete. Anna Sier, alt 42 J., Ehefrau von Ludwig Sier, Kaufmann. Paula, alt 4 Mon., B. Aug. Penz, Straßenbahnkassier.

Verheiratete. Anna Sier, alt 42 J., Ehefrau von Ludwig Sier, Kaufmann. Paula, alt 4 Mon., B. Aug. Penz, Straßenbahnkassier.

Reines Schweine-Schmalz 17 Mk. Mathias Zeis, Marienstr. 9, Tel. 5093.

Fässer Rohweinfässer, Waschwässer und Ähnliches zu verk.

Phorosan-Heilanstalt für Haut- u. Geschlechtskrankheiten. Karlsruhe, Kaiserstrasse 91, 3. St.

Baden-Baden. Bürgerausschuß.

Wasserbahnen repariert. W. Weib. Steinstr. 14, Tel. 4121.

Jagd-Verpachtung. Die Jagd auf der abgeordneten Gemarkung Hardwald.

Durlacher Anzeigen. Lebensmittel-Verteilung.

Baden-Baden. Bürgerausschuß. Stellen finden: 1 fängerer Koch, 1 Kleinlocher.

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer.

Städt. Bierordnbad. Große Schwimmhalle.

Durlacher Anzeigen. Kohlen-Ausgabe.

Städt. Lebensmittelverkauf. Amerikanisches Schmalz, markenfrei.

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer.

Städt. Bierordnbad. Große Schwimmhalle.

Durlacher Anzeigen. Lebensmittel-Verteilung.

Städt. Arbeitsamt Baden-Baden. (Bezirk Arbeitsnachweis).

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer.

Städt. Bierordnbad. Große Schwimmhalle.

Durlacher Anzeigen. Lebensmittel-Verteilung.

Städt. Arbeitsamt Baden-Baden. (Bezirk Arbeitsnachweis).

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer.

Städt. Bierordnbad. Große Schwimmhalle.

Durlacher Anzeigen. Lebensmittel-Verteilung.

Städt. Arbeitsamt Baden-Baden. (Bezirk Arbeitsnachweis).

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer.

Städt. Bierordnbad. Große Schwimmhalle.

Durlacher Anzeigen. Lebensmittel-Verteilung.

Städt. Arbeitsamt Baden-Baden. (Bezirk Arbeitsnachweis).

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer.

Städt. Bierordnbad. Große Schwimmhalle.

Durlacher Anzeigen. Lebensmittel-Verteilung.

Städt. Arbeitsamt Baden-Baden. (Bezirk Arbeitsnachweis).

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer.

Städt. Bierordnbad. Große Schwimmhalle.

Durlacher Anzeigen. Lebensmittel-Verteilung.

Städt. Arbeitsamt Baden-Baden. (Bezirk Arbeitsnachweis).

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer.

Städt. Bierordnbad. Große Schwimmhalle.

Volks-Buchhandlung der Sozialdem. Partei befindet sich Karlsruhe, Adlerstrasse 16.

